
Wiebke Knell

KNELL: SCHLIESSUNG DER GEBURTSHILFE IN SCHWALMSTADT IST EIN SCHWERER SCHLAG FÜR FAMILIEN UND DEN LÄNDLICHEN RAUM

15.07.2026

Die örtliche FDP-Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Wiebke Knell, reagiert mit großer Bestürzung auf die angekündigte Schließung der Geburtshilfe am Asklepios Klinikum Schwalmstadt zum Jahresende. Für sie ist die Entscheidung ein schwerer Rückschlag für Familien im Schwalm-Eder-Kreis und ein weiteres Beispiel dafür, dass die Krankenhauspolitik von Bund und Land den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raums nicht gerecht wird.

„Mit der Geburtshilfe verliert unsere Region ein Stück Sicherheit, Lebensqualität und Zukunft. Wer junge Familien im ländlichen Raum halten will, muss ihnen auch die Sicherheit geben, ihre Kinder wohnortnah zur Welt bringen zu können. Geburtshilfe ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht ausschließlich nach wirtschaftlichen Maßstäben bewertet werden.“

Bereits am 15. Januar 2025 hatte sich Knell mit einem Schreiben an Hessens Gesundheitsministerin Diana Stolz gewandt. Darin warnte sie vor der wirtschaftlich schwierigen Situation der Geburtshilfe in Schwalmstadt und forderte konkrete Maßnahmen, um den Standort dauerhaft zu sichern. Dazu gehörten eine Überarbeitung der Voraussetzungen für den Sicherstellungszuschlag sowie eine bessere finanzielle Unterstützung über die Infrastrukturpauschale.

„Ich habe die Landesregierung frühzeitig darauf hingewiesen, dass die bestehenden Finanzierungsregelungen kleinere Geburtshilfen im ländlichen Raum benachteiligen. Außerdem habe ich deutlich gemacht, dass längere Anfahrtswege die Versorgungssicherheit gefährden und im Ernstfall zur Lebensgefahr für werdende Mütter und ihre Kinder werden können. Leider ist genau das eingetreten, wovor ich bereits

Anfang 2025 gewarnt habe.“

Für Knell zeigt die Entwicklung, dass die politischen Rahmenbedingungen dringend angepasst werden müssen. „Die Verantwortlichen des Asklepios Klinikums haben nach eigenen Angaben lange darum gekämpft, die Geburtshilfe zu erhalten. Dass dies trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, zeigt, dass die Finanzierung der Geburtshilfe den ländlichen Raum benachteiligt. Gerade weil die Geburtenzahlen seit Jahren zurückgehen, braucht es Rahmenbedingungen, die auch kleinere Standorte dauerhaft sichern, statt sie zusätzlich unter wirtschaftlichen Druck zu setzen.“

Die Entscheidung treffe sie auch persönlich. „Ich bin selbst im Krankenhaus Schwalmstadt geboren und habe dort auch meine beiden Kinder zur Welt gebracht. Ich weiß deshalb aus eigener Erfahrung, welchen Wert eine wohnortnahe Geburtshilfe mit persönlicher Betreuung hat. Ich wurde dort hervorragend betreut. Gerade kleinere Geburtshilfen bieten häufig eine Nähe und Menschlichkeit, die in großen Kliniken kaum noch möglich ist. Genau diese Qualität geht jetzt verloren.“

Bei aller politischen Diskussion dürften die Beschäftigten nicht vergessen werden. „Mein Mitgefühl gilt den Hebammen, Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften sowie allen weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Viele von ihnen haben sich bewusst für ein Leben und Arbeiten in unserer Region entschieden und Familien über Jahre mit großem Engagement begleitet. Ihnen gilt mein aufrichtiger Dank.“

Abschließend richtet Knell einen eindringlichen Appell an Bund und Land: „Vor eineinhalb Jahren habe ich die Landesregierung gewarnt. Die Probleme waren bekannt, trotzdem wurde nicht ausreichend gehandelt. Zum Jahresende endet die Geburtshilfe in Schwalmstadt. Den Preis dafür zahlen die Familien unserer Region und die Beschäftigten. Wer den ländlichen Raum stärken will, muss dafür sorgen, dass dort auch Kinder sicher zur Welt kommen können. Daran müssen sich Bund und Land künftig messen lassen.“